

Connection e.V.

Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer
und Deserteure aus Kriegsgebieten



Von-Behring-Str. 110
D-63075 Offenbach

Tel.: +49 (0)69 8237 5534
Fax: +49 (0)69 8237 5535

office@Connection-eV.org
www.Connection-eV.org

Offenbach, 31. Januar 2018

Ukraine: Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung, Militärdienstentziehung und Strafverfolgung

Eingeschränkte Möglichkeiten der Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung

Im Mai 2014 führte die neue, provisorische, ukrainische Regierung unter Alexander Turtschynow die Wehrpflicht wieder ein, die wenige Monate zuvor unter dem ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch ausgesetzt worden war. Begründet wurde dieser Schritt mit "der sich verschlechternden Situation im Osten und Süden ..., die wachsenden Kräfte von bewaffneten prorussischen Einheiten und die Besetzung von öffentlichen Verwaltungsgebäuden ... was die territoriale Integrität bedroht."¹

Auch in den sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk gibt es eine zwangsweise Rekrutierung.² Dies wird auch bestätigt durch Berichte von Flüchtlingen, die bei Connection e.V. Rat gesucht haben. Eine Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung ist nicht bekannt.

Nach Artikel 35 Absatz 3 der ukrainischen Verfassung von 1996 gibt es ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung: „Wenn die Ableistung des Militärdienstes im Gegensatz zu den religiösen Überzeugungen eines Bürgers steht, soll die Dienstpflicht durch einen alternativen Dienst erfüllt werden.“³ Genauer definiert wird dies in Artikel 2 des Alternativdienstgesetzes. Danach ist die Wahrnehmung dieses Rechtes auf Personen begrenzt, die Angehörige von registrierten religiösen Gemeinschaften sind, deren Lehre es verbietet, Waffen zu benutzen und Dienst in der Armee ab-

¹ Guardian: Ukraine reintroduces conscription to counter threat of pro-Russia separatists. 1.5.2014

² EBCO: Conscientious Objection in Europe, Annual Report 2017, Brussels, 10. Dezember 2017

³ Quaker Council for European Affairs: The Right to Conscientious Objection in Europe - Ukraine. 15. Mai 2005

zuleisten.⁴ Nach einem Beschluss des Kabinetts vom 10. November 1999 sind dies folgende religiöse Gemeinschaften: Gemeinschaft des Siebenten-Tag-Adventisten-Reformationsbewegung (Adventist-Reformists), Siebenten-Tag-Adventisten (Seventh Day Adventists), Evangelikale Christen (Evangelical Christians), Baptisten (Evangelical Christians – Baptists), Büsser oder Slavische Kirche des Heiligen Geistes (The Penitents or Slavic Church of the Holy Ghost), Zeugen Jehovas (Jehovah’s Witnesses), Charismatische Kirchen Christi und mit ihnen entsprechend der Registrierung verbundene Kirchen (Charismatic Christian Churches), Pfingstkirche und mit ihnen entsprechend der Registrierung verbundene Kirchen (Union of Christians of the Evangelical Faith – Pentecostals), Christians of Evangelical Faith und Gemeinschaft der Krischna (Society for Krishna Consciousness).⁵

Eine weitere Einschränkung erfährt das Recht durch die Regelung, dass ein Antrag innerhalb von sechs Monaten nach der Einberufung gestellt werden muss. Soldaten und Reservisten haben kein Recht auf Antragstellung.⁶

Im Juli 2013 überprüfte das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen den Siebten Regelmäßigen Bericht der Ukraine zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. In den Schlussfolgerungen drückt das Komitee seine Besorgnis darüber aus, dass keine Maßnahmen getroffen wurden, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung von Wehrpflichtigen auf Personen auszuweiten, die eine Gewissensentscheidung ohne religiösen Hintergrund getroffen haben oder anderen Religionen angehören. Das Komitee betont im Folgenden, dass die Regelungen zum Alternativen Dienst allen Kriegsdienstverweigerern offen stehen müsse unabhängig von ihrer Überzeugung, ob sie religiös oder nicht religiös motiviert sei.⁷

Als Mitgliedsland des Europarates ist die Ukraine auch verpflichtet, Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte umzusetzen. Am 7. Juli 2011 stellte die Große Kammer des Gerichtshofes fest, dass „die Ablehnung des Militärdienstes – wenn sie motiviert ist durch einen ernsthaften und unüberwindlichen Konflikt zwischen der Pflicht, Dienst in der Armee abzuleisten, und dem Gewissen oder tiefen und aufrichtigen religiösen oder anderen Überzeugungen des Einzelnen – eine Überzeugung oder einen Glauben mit einer ausreichenden Schlüssigkeit, Ernsthaftigkeit, Bindekraft und Bedeutung bildet, um unter die Garantien des Artikels 9 zu fallen“⁸. Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

⁴ European Bureau for Conscientious Objection: Report on conscientious objection to military service in Europe 2013, S. 42

⁵ IFOR, CPTI, Center for civil liberties (Kyiv), Ukraine: Military service, conscientious objection and related issues, 06/2013

⁶ Quaker 2005 ebd.

⁷ United Nations Human Rights Committee: Concluding observations on the seventh periodic report of Ukraine, adopted by the Committee at its 108th session, 8.-26. Juli 2013, Punkt 19

⁸ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, 7. Juli 2011. Antrag Bayatyan gegen Armenien, AZ 23459/03, www.connection-ev.org/article-1411

Darüber hinaus weisen der Internationale Versöhnungsbund, Conscience and Peace Tax International und das Zentrum für Bürgerliche Freiheiten, Kiew, 2013 darauf hin, dass die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen, die über Anträge auf Kriegsdienstverweigerung entscheiden, nicht im Gesetz geregelt ist. Nach Untersuchungen sei festgestellt worden, dass in einigen Kommissionen die Mehrheit der Mitglieder dem Militär angehören⁹, was nicht in Übereinstimmung mit internationalen Regelungen steht.¹⁰

Ein Gesetz, so bereits 1987 das Ministerkomitee des Europarates, „soll auch die Möglichkeit vorsehen, dass ein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt werden kann, wenn die Bedingungen für die Antragstellung erst während der Ableistung des Militärdienstes oder bei militärischen Übungen nach der Grundausbildung eintreffen“¹¹.

2015 war strittig, ob diese eingeschränkte Regelung auch in Zeiten der Mobilisierung gilt. Der Oberste Gerichtshof bestätigte das im Falle von Vitaliy Shalaiko, einem Zeugen Jehova. Er war wegen Militärdienstentziehung in Zeiten der Mobilisierung angeklagt worden, weil er nach der Aufforderung zur Erfüllung der Wehrpflicht einen Antrag auf Ableistung eines Alternativen Dienstes gestellt hat. Das Oberste Gericht der Ukraine bestätigte am 23. Juni 2015, dass "das Strafgericht vollkommen berechtigt war, mit seiner Entscheidung auf die entsprechenden Regelungen der Europäischen Konvention für Menschenrechte und die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu verweisen."¹² Dennoch gab es 2015 verschiedene Gerichtsurteile, mit denen Angehörigen der benannten Religionsgruppen in der Zeit der Mobilisierung das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verwehrt wurde. Das Institut für Religiöse Freiheiten stellte fest, dass „die religiösen Überzeugungen von Kriegsdienstverweigerern während der Welle der Mobilisierungen in der Regel ignoriert“ wurden.¹³

In einem uns vorliegenden Fall, der als religiöser Kriegsdienstverweigerer aufgrund der spät erfolgten Einberufung keine Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung sah und im Juli 2015 an die Front geschickt wurde, berichtet er von Misshandlungen durch die anderen Mitsoldaten. Er sei u.a. festgehalten und wegen jüdischer Vorfahren zwangsweise beschnitten worden, nachdem er der Aufforderung nicht nachgekommen war, auf den Feind zu schießen.¹⁴

Zusammenfassend ist festzustellen, dass aufgrund der Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf religiöse Gründe und hier konkret auf eine Liste von religiösen Gemein-

⁹ International fellowship of reconciliation (IFOR), Conscience and peace tax international (CPTI), Center for civil liberties (Kyiv), Ukraine: Military service, conscientious objection and related issues, 06/2013.

¹⁰ UN Human Rights Council. A/HRC/RES/24/17, Twenty-fourth session, September 27, 2013. Adopted without a vote

¹¹ Committee of Ministers to Member States: Recommendation No. R (87) 8 Regarding Conscientious Objection to Compulsory Military Service. 9. April 1987

¹² Jehovas Witnesses: High Court of Ukraine Upholds Right to Conscientious Objection During Military Mobilization. 28. August 2015

¹³ Institute for Religious Freedom (IRF), Freedom of thought, conscience and religion in Ukraine — Human Rights Report 2015, 22/06/2016

¹⁴ Dokumente, einschließlich Aussagen und ärztlicher Gutachten, liegen Connection e.V. vor

schaften, die Ausgrenzung von Soldaten und Reservisten von der Antragstellung und die möglicherweise mit einer Mehrzahl von Militärangehörigen besetzten Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung nicht garantiert ist. Im Militär drohen ihnen schwerwiegende Misshandlungen.

Militärdienstentziehung und Desertion

Nach Schätzungen haben sich während des Krieges 2014 und 2015 Hunderttausende den Einberufungen entzogen, sind im Land untergetaucht oder in Nachbarländer geflohen.¹⁵ Es gab seit 2014 insgesamt sechs Mobilisierungswellen.¹⁶ Neben den formal durchgeführten Rekrutierungen erfolgten auch immer wieder Rekrutierungen über Razzien und Kontrollen in Einkaufszentren, Parks oder von Reisebussen.¹⁷

Die Versuche, sich den Einberufungen zu entziehen, waren auch später noch weitverbreitet. So stellte der Militärberater der Delegation der Europäischen Union im August 2015 fest, dass die Mobilisierungen abgelehnt werden und die Menschen versuchen, sich diesen zu entziehen. Wer eine Aufforderung zur Mobilisierung unterzeichnen sollte, gebe in der Regel vor, nicht anwesend zu sein.¹⁸

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam im Juni 2016 ein Vertreter der Internationalen Organisation für Migration. Danach versuche jeder, sich den Mobilisierungen zu entziehen. Es gebe auch eine zunehmende Zahl von Ehen mit Europäerinnen. Einige der Militärdienstentzieher seien sogar bis nach Sri Lanka geflüchtet.¹⁹

So wurde selbst im Jahr 2017 noch „Jagd auf Wehrpflichtige“ gemacht, so die Tageszeitung Segodnya. Am 6. November 2017 berichtete sie von zwei Razzien, die Polizisten in Nachtclubs durchgeführt haben, in Kiew und in Lwiw. Mitarbeiter des Rekrutierungsbüros überprüften die Dokumente junger Männer – und verteilten etliche Einberufungsbescheide. In Kiew wurden laut Polizei 32 junge Männer direkt ins Rekrutierungsbüro überstellt.²⁰

Strafverfolgung

Militärdienstentziehung bzw. Vermeidung der Mobilisierung kann nach den Artikeln 335 und 336 des Strafgesetzbuches sowie den Artikeln 408 und 409 des Strafgesetzbuches verfolgt werden. Nach Artikel 335 soll die Vermeidung der Einberufung zum aktiven Dienst mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren verfolgt werden.

¹⁵ Roger Annis: Ukrainer stimmen mit den Füßen ab. 12. August 2015. www.connection-ev.org/article-2176

¹⁶ Federal Office for Immigration and Asylum: Fact Finding Mission Report Ukraine, Austria, May 2017

¹⁷ Roger Annis: Ukrainer stimmen mit den Füßen ab. 12. August 2015. www.connection-ev.org/article-2176

¹⁸ Interview with the Military advisor of the European Union Delegation, Kyiv, June 15th 2016. In: Federal Office for Immigration and Asylum: Fact Finding Mission Report Ukraine, Austria, May 2017

¹⁹ Interview with a representative of the International Organization for Migrations (IOM), Kyiv, 14/06/2016. In: Federal Office for Immigration and Asylum: Fact Finding Mission Report Ukraine, Austria, May 2017

²⁰ n-ost vom 10. November 2017 und Bernhard Clasen, eMail vom 8. November 2017

Nach Artikel 336 soll die Vermeidung der Mobilisierung mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis zu fünf Jahren verfolgt werden.

Nach Artikel 408 soll eine Desertion, das Verlassen einer Militäreinheit oder eines Dienstpostens ohne Genehmigung, um sich dem Militärdienst zu entziehen oder die fehlende Meldung zum Dienst entsprechend einem Stellungsbefehl oder einem Befehl zum erneuten Antritt des Dienstes nach einer Freistellung, Urlaub oder Behandlung in einer medizinischen Einrichtung, mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis zu fünf Jahren verfolgt werden.

Nach Artikel 409 § 1 soll die Militärdienstentziehung durch Selbstverstümmelung, Simulation, Fälschung von Dokumenten oder anderer Täuschung mit einer Überstellung in ein Strafbataillon von bis zu zwei Jahren oder mit einer gleich langen Haft verfolgt werden.

Nach Artikel 409 § 2 soll die Befehlsverweigerung mit einer Freiheitsstrafe von zwei bis fünf Jahren verfolgt werden.

Nach Artikel 409 § 3 sind Handlungen aus den § 1 und 2, wenn sie während des Kriegsrechts oder während Kampfhandlungen erfolgen, mit einer Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren zu verfolgen.²¹

Die Staatsanwaltschaft der Ukraine gibt an, dass 16.000 Verfahren wegen Desertion eröffnet worden seien.²² Im Februar 2016 gab das ukrainische Verteidigungsministerium an, es seien 26.800 Verfahren wegen Militärdienstentziehung eröffnet worden.²³

Weiterhin werden Strafverfahren eröffnet. So berichtet das Ukraine Journal Ende Dezember 2017, dass gegen 14 ukrainische Soldaten Verfahren wegen Desertion eröffnet worden seien. Sie waren zuvor von der Gegenseite als Kriegsgefangene festgehalten worden.²⁴

Am 5. Februar 2015 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetz, das neue Vorgehensweisen der Armee bei Ungehorsam, Widerstand, Unbotmäßigkeit gegenüber dem Kommandeur, Anwendung von Gewalt und Aufgabe einer Kampfstellung definiert. Darin heißt es: „In einer Kampfsituation kann der Kommandeur Waffen benutzen oder den Untergebenen Anordnungen zum Waffengebrauch erteilen, wenn kein anderer Weg vorhanden ist, das Vergehen zu beenden.“²⁵ Damit wird, so die Agentur Newsweek in ihrem Bericht, „den Kommandeuren gestattet, in den bewaffneten Streitkräften auf Deserteure oder Befehlsverweigerer zu schießen.“²⁶

²¹ Criminal Code of Ukraine. In: Federal Office for Immigration and Asylum: Fact Finding Mission Report Ukraine, Austria, May 2017

²² Global Research: Ultimate fiasco of the Ukrainian army, 7. November 2015

²³ RT.com: Ukraine plans stealth military draft as recruitment plummets, 6. Februar 2016

²⁴ <http://ukraine-journal.de/14-der-freigelassenen-ukrainer-werden-der-desertion-verdachtigt/>, 29.12.2017

²⁵ nach Newsweek, 6. Februar 2015, a.a.O. Gesetzestext kann heruntergeladen werden unter <http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc34?id=&pf3511=53587&pf35401=324789>

²⁶ Newsweek, 6. Februar 2015, a.a.O., siehe auch Global Security.org: Ukraine – Military Personnel; Seite zuletzt am 9. Februar 2017 aktualisiert

Verfolgung öffentlicher Kritik

Im Januar 2015 äußerte der ukrainische Journalist und Kriegsdienstverweigerer Ruslan Kotsaba in einer Aufzeichnung in Youtube Kritik am Kriegskurs der Regierung. Er werde sich der Einberufung verweigern und rufe seine Landsleute auf, ebenfalls den Kriegsdienst zu verweigern und sich der Einberufung zu widersetzen.

Am 7. Februar 2015 wird er unter dem Vorwurf des Landesverrats und der „Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine“ festgenommen. Erst 15 Monate später, am 12. Mai 2016, erklärt ihn das Gericht in Iwano-Frankiwsk im ersten Punkt als nicht schuldig, im zweiten Punkt für schuldig und verurteilt ihn zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Zugleich ordnet es aufgrund der menschenunwürdigen Bedingungen der Untersuchungshaft an, dass diese Zeit doppelt anzurechnen ist.

Am 14. Juli 2016 wird Ruslan Kotsaba durch die Berufungsinstanz freigesprochen. Aufgrund einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft entscheidet das Oberste Gericht für Zivil- und Strafsachen am 1. Juni 2017 jedoch, dass das Verfahren erneut durchzuführen sei. Das Verfahren ist noch anhängig.²⁷

Ruslan Kotsaba wurde Ende 2017 mehrmals von nationalistischen Gruppen angegriffen. Die Polizei weigerte sich jedoch, Anzeigen aufzunehmen.²⁸

Asylanerkennungen in Italien

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung schreibt im Jahresbericht für 2017: „Wir haben von Urteilen italienischer Gerichte aus dem Jahr 2016 gehört, die sich in den Klageverfahren entgegen der Ablehnung der Antragskommissionen für den Schutz von drei Männern ausgesprochen haben, die sich in der Ukraine dem Militärdienst entzogen. Alle drei hätten bei einer Rückkehr in die Ukraine keinen Zugang zu dem sehr eingeschränkten Kriegsdienstverweigerungsverfahren. Ihnen würden daher nach den Artikel 408 und 409 des ukrainischen Strafgesetzbuches Haftstrafen von zwei bis zu fünf Jahren drohen. Zwei der Männer erhielten Asyl, einer subsidiären Schutz.“²⁹

Rückkehrgefährdung

Aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine sehen wir Deserteure, Militärdienstentzieher wie auch Kriegsdienstverweigerer bei einer Rückkehr als gefährdet an:

- Es droht ihnen erneute Rekrutierung, da es trotz Waffenstillstandsabkommen zu Kampfhandlungen kommt. Wie oben geschildert, finden auch weiterhin Zwangsrekrutierungen statt.
- Es droht Strafverfolgung wegen Desertion oder Militärdienstentziehung wie oben ausgeführt. Verschärfend kommt hinzu, dass in der Ukraine eine nationalistisch aufgeheizte Stimmung vorherrscht, die Deserteure, Militärdienstentzieher und Kriegsdienstverweigerer als Verräter und Unterstützer der feindlichen Seite ansieht, was sich strafverschärfend

²⁷ Ausführlich dazu Connection e.V.: Ukrainischem Kriegsdienstverweigerer und Journalisten droht erneute Strafverfolgung. In: Rundbrief „KDV im Krieg“, Offenbach am Main, November 2017

²⁸ Stellungnahme von Ruslan Kotsaba, 24. Januar 2018

²⁹ EBCO: Conscientious Objection in Europe, Annual Report 2017, Brussels, 10. Dezember 2017

auswirken kann. Es ist auch davon auszugehen, wie das Verfahren gegen Ruslan Kotsaba zeigt, dass rechtsstaatliche Prinzipien nicht eingehalten werden.

- Kriegsdienstverweigerern bleibt in der Regel der Zugang zu dem vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte festgestellten Recht auf Kriegsdienstverweigerung entsprechend internationalen Standards verwehrt.
- Somit sind Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen und Verurteilungen, wie auch Einschüchterungen und Willkürmaßnahmen jederzeit möglich.

Connection e.V.: Ukraine – Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung, Militärdienstentziehung und Strafverfolgung, 31. Januar 2017